

BÜCHER

HISTORISCHE BRÜCHE

Rezension von: Stefan Karner/Gerald Schöpfer (Hrsg.), *Als Mitteleuropa zerbrach*, Leykam, Graz 1990, öS 240,-; Jürgen Nautz (Hrsg.), *Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller*, Verlag für Geschichte und Politik Wien, R. Oldenbourg Verlag München, 1990, 326 S., öS 420,-

Die europäische Gegenwart wird durch einen jener gewaltigen Umbrüche bestimmt, welche der geschichtlichen Entwicklung einen neuen Lauf gaben. Das „System von Jalta“, das die europäische „Ordnung“ nach 1945 bestimmte, ist zusammengebrochen und eröffnet Möglichkeiten, welche wohl einst den Schöpfern der Konzepte von Dumbarton Oaks und Bretton Woods vorschwebten. Diese erfreulichen Aspekte treten im Augenblick allerdings hinter die Schwierigkeiten der Umstellung des früheren Wirtschaftssystems zurück, aber auch die politischen Instabilitäten, oft verursacht durch die für den westeuropäischen Betrachter rätselhaften Ausbrüche des Nationalismus.

In dieser Situation ist es Aufgabe der Geschichtswissenschaft, auf Episoden zu verweisen, in welchen sich Umbrüche vollzogen, die den gegenwärtigen zumindest nahekommen, um aus deren Studium Aufschlüsse für die heutige Entwicklung zu erhalten. Auf den Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges

versank nämlich gleichfalls eine Epoche: das 19. Jahrhundert und seine politischen Strukturen. Symbolisiert wurde dieser Vorgang durch den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie. Das Auseinanderbrechen dieses einst so mächtigen und traditionsreichen politischen Komplexes förderte viele Probleme zutage, die heute eben auch im Osten auftreten: Da ist einerseits das Bestreben der Nationen, einen eigenen Staat zu gründen – mit all den darauf folgenden Komplikationen – und andererseits die Notwendigkeit, aus der – ersten – kriegsbedingten Planwirtschaft unter gegebenen katastrophalen Umständen zur Marktwirtschaft zurückzufinden.

Natürlich harrt dieser große Komplex noch seiner analytischen Klärung, die Problematik ist ja erst seit kurzem offenkundig, aber Einzelstudien können wertvolle Informationen und spezielle Erkenntnis zur Gesamtanalyse dieses Bereiches beitragen. Eine davon stellt das von St. Karner und G. Schöpfer herausgegebene Sammelwerk „Als Mitteleuropa zerbrach“ dar. (Warum setzt sich zumindest in der Wissenschaft nicht der in der amerikanischen Literatur fest verwurzelte Begriff „East Central Europe“ für die betroffene Region durch?) Dieser erste Band einer zeitgeschichtlichen Schriftenreihe, die vor allem den Problemen des Alpen-Adria-Raumes gewidmet ist, analysiert die Geschehnisse in dieser Region nach Ende des 1. Weltkrieges. Zum ersten der zuvor erwähnten Themenkreise vermitteln die Beiträge von A. Suppan (Der Zusammenbruch der Donaumonarchie 1918. Das Ende des mitteleuropäischen Großstaates), I. Prunk (Die Gründung des jugoslawischen Staates, 1918) sowie I. Pirjevec (Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, von der Einheit bis zur

Verfassung des „Veitstages“) interessante Darlegungen.

Für den Bezug zur Gegenwart läßt sich daraus erkennen, daß sich der Zerfall des Habsburgerreiches trotz denkbar ungünstiger Gegebenheit relativ geordnet vollzog. Dies war offensichtlich dem Umstand zuzuschreiben, daß die zuletzt gewählten Reichsratsabgeordneten der verschiedenen Nationalitäten bereits eine aktive und erfahrene politische Führungsschicht repräsentierten, welche die Gestaltung der neuen Staatsgebilde übernehmen konnte. Dazu kam, daß die bisherige Verwaltung ihre Arbeit im großen und ganzen unverändert fortsetzte, und schließlich vollzogen die jeweiligen nationalen Teile der ehemaligen k. u. k. Armee ziemlich reibungslos den Ordnungsdienst, wiewohl diese bis zuletzt der Monarchie loyale Dienste geleistet hatte. Sicherlich ist nicht zu übersehen, daß der letzte Monarch diese Entwicklung dadurch begünstigte, daß er vorerst keinen Versuch unternahm, seine Position – gewaltsam – zu verteidigen.

Komplikationen ergaben sich angesichts der engverzahnten nationalen Siedlungsgebiete in der Grenzziehung sowie solche spezifischer Art in einzelnen Nachfolgestaaten. So zeitigt offensichtlich die Politik des Königreiches Serbien in Richtung eines zentralistischen Einheitsstaates Jugoslawien unter serbischer Dominanz bis in die Gegenwart fatale Folgen. Die Probleme an der österreichischen Südgrenze führten sogar zu militärischen Auseinandersetzungen, konnten jedoch auch durch eine bemerkenswert erfolgreiche amerikanische Studien-Mission geklärt werden. Diesem Problemkreis sind Arbeiten von C. Fräss-Ehrfeld (Kärnten 1918–1920. Das Selbstbestimmungsrecht auf dem Prüfstand), T. Domej (Anmerkungen zur Kärntner Volksabstimmung 1920), E. Brix (Zur untersteirischen Frage in der Nationalitätenstatistik), S. Beer/E. G. Staudinger (Grenzziehung per Analogie. Die Miles-Mission in der Steiermark.

Jänner 1919. Eine Dokumentation) und St. Karner (Die untersteirische Unternehmerschaft 1917/1920. Kontinuitäten und Brüche) gewidmet.

Leise Irritation befällt den Leser während der Lektüre dieser interessanten Beiträge nur insoweit, als er aus jenen der Österreicher zumindest implizit den Eindruck erhält, mit der untersteirischen Grenzziehung sei Österreich ein Unrecht zugefügt worden. Nun war die Festlegung einer solchen Grenze sicherlich äußerst schwierig, doch scheint es wohl nicht abwegig, daß eine Region, die 1910 nach den österreichischen Statistiken zu 83 Prozent von Slowenen bewohnt war, Jugoslawien zugeschlagen wurde – auch wenn Marburg vorwiegend deutsche Einwohner hatte. Und die Kärntner Volksabstimmung von 1920 stellte ja insofern eine Begünstigung Österreichs dar, als damit vom – statistischen – Nationalitätenprinzip zugunsten der Selbstbestimmung abgegangen wurde, da in der Abstimmungszone ja zweifelsfrei die Slowenen in der Überzahl waren.

Schmerzlich spürbar werden die Irritationen jedoch dann, wenn in diesem Buch mehrfach die weitverbreitete Meinung von der stabilisierenden Funktion durch die k. u. k. Monarchie in Europa expliziert wird. Erstens ist es unzulässig, einen offenkundigen sozio-politischen Nachholprozeß in dieser Weise zu bewerten, zweitens ist die Aussage einfach falsch. Denn gerade die unzeitgemäße politische Struktur der Monarchie war es ja letztlich, welche dazu führte, daß eben dieser Staat den 1. Weltkrieg mit allen seinen fatalen Folgen auslöste!

Die dritte Gruppe der Studien beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen Konsequenzen des Kriegsendes in dieser Region. St. Karner gibt einen umfassenden Überblick über die ökonomischen Gegebenheiten in Österreich zu dieser Zeit (Problemfelder des wirtschaftlichen Aufbaus in Österreich 1918/19). G. M. Dienes schildert die Nachkriegsprobleme der Südbahn so-

wie die Konsequenzen, welche sich aus der offenkundigen Umleitung der Handelsströme für diese ergaben (Graz und das Ende der Südbahn als mitteleuropäische Verbindungsschiene 1918/19). Bedauerlicherweise stellt die Studie von W. Seidl (Die mißglückte Westorientierung nach Verlust der Südostmärkte. Das Hammerwerk Nierhaus 1918) nur eine Notiz dar. Der Autor untersucht nämlich einen Mittelbetrieb, der fast ausschließlich Märkte der Monarchie belieferte. Mit dem Kriegsende kommt es in kurzer Zeit zu einem totalen Zusammenbruch dieser. Leider werden die Ursachen hierfür nicht bekannt, war es – sieht man nun von unmittelbaren Kriegsfolgen ab – die Zollbelastung, welche die österreichische Firma konkurrenzunfähig machte oder nichttarifari-sche Handelshemmnisse? Jedenfalls mißlang eine Umstellung auf westliche Märkte, eine Diversifikation der Produkte wurde offenbar kaum versucht.

Generell sollte in den ökonomischen Studien über die Zeit nach dem 1. Weltkrieg versucht werden, zwischen den unmittelbaren Folgen des Krieges und jenen des Zerfalles der Monarchie unterscheiden. Gewiß hängen beide zusammen, aber für die Analyse der österreichischen Wirtschaftsentwicklung zwischen den Kriegen wäre es wichtig, sie zu trennen. Denn daß Güter nach einem verlorenen Weltkrieg äußerst knapp sind, liegt auf der Hand, nur warum in den Folgejahren nicht mehr davon in Österreich produziert wurden, müßte geklärt werden.

Einige Informationen zu diesem Thema vermitteln die Aufzeichnungen der nachgelassenen Schriften des ehemaligen Sektionschefs und Universitätsprofessors Richard Schüller. Dieser aus dem Kreise um Menger kommende nationalökonomisch gebildete Jurist begann seine Karriere im k. k. Handelsministerium, wo er alsbald eine zentrale Position in der österreichischen Außenwirtschaftspolitik einnahm. Während des Krieges an sämtlichen Verhandlungen mit

Deutschland wie an dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk beteiligt, wechselte er nach 1918 ins Außenministerium und führte von da an praktisch alle handelspolitischen Verhandlungen der 1. Republik einschließlich des Friedensvertrages von St. Germain und der „Genfer Sanierung“.

Den Aufzeichnungen geht eine informative und umfassende historische Einführung des Herausgebers J. Nautz voran. Diese selbst decken den Zeitraum vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende der 1. Republik, konzentrieren sich zwar auf die Außenwirtschaftspolitik, vermitteln jedoch darüber hinaus ein sehr farbiges Bild der gesamten österreichischen Politik. Es liegt auf der Hand, daß einem Sektionschef jener Zeit beträchtliches politisches Gewicht zukam, Schüller hatte jedoch infolge seiner Position, aber auch seiner Befähigung eine Sonderstellung inne, die ihn besonders eng an jeweilige politische Akteure band.

Das Schwergewicht der Notizen liegt bei den Bemühungen der Wirtschaftspolitik, sich den ökonomischen Bedingungen tiefgreifender politischer Veränderungen anzupassen. Zwar erfährt man wenig über die Umstellung der teilweise zentral geplanten Kriegswirtschaft auf den Marktmechanismus, weit mehr aber über die spezifischen ökonomischen Probleme der 1. Republik. Der politische Zerfall des – geschützten – Wirtschaftsgebietes ging mit der Errichtung respektabler Zollmauern einher, deren Übersteigen durch, vor allem anfangs gegebener, Animositäten der Nachfolgestaaten nicht leicht war. Die jeweiligen Bundesregierungen waren daher ständig bemüht, durch Handelsverträge diese Barrieren abzubauen – ein angesichts der weltwirtschaftlichen Situation äußerst schwieriges Unterfangen.

Noch schwieriger erwies sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Lebensmittelversorgung. Da Österreich praktisch über keine Devisen verfügte,

war es auf ausländische Hilfe angewiesen, die im Wege von „Reliefkrediten“ – zögernd – gewährt wurde. Wie schwer es damals ein Siegermächten fiel, zu verstehen, daß ihnen nunmehr eine Verantwortung für die Existenz auch der besiegten Staaten erwachsen war, läßt sich der Bemerkung Keynes' anlässlich der österreichischen Intervention um Lebensmittelkredite gegenüber Schüller entnehmen: „I understand we should pay an indemnity to Austria; how long should we continue to pay?“

Über diese zentralen Bereiche hinaus enthalten die Aufzeichnungen eine Fülle von Detailinformationen, die geeignet sind, manches historische Bild noch deutlicher zu machen. So läßt

sich die doch recht passive Haltung zumindest der frühen Regierungen gegenüber der Inflation aus der Position der Politiker dazu erklären. Nach Schüller sah Renner in der Inflation eine die Nachfrage stimulierende und private wie öffentliche Schuldner entlastende Entwicklung, wogegen Bauer aus Gründen der politischen Stabilität eine entschiedene Restriktionspolitik als unmöglich erachtete. Eine Einstellung, welche Urteile der bisherigen wirtschaftshistorischen Forschung bestätigt.

Beide Publikationen vermitteln sohin eine Fülle interessanter Information zu einem Zeitabschnitt, der heute wieder besonderes Gewicht gewinnt.

Felix Butschek